

**Anfrage der Stadtratsfraktion AfD in der Stadtratssitzung vom 26.06.2023 bzgl.
Gewerbegebiet Husterhöhe
Stellungnahme der Verwaltung**

1. Wann und in welcher Form hat die Verwaltung von den „Entscheidungen“ der Amerikaner erstmals Kenntnis genommen?

Das Gelände wurde von den United States Army Medical Material Center-Europe (USAMMCE) genutzt. Nach deren Umzug nach Kaiserslautern wurde die Verwaltung im August 2021 informiert, dass die U. S. Air Force das Gelände weaternutzen wird. Anders als vorher signalisiert gab das U. S. Militär die Flächen am „Grünbühl“ nicht an die Bundesrepublik (Bundesanstalt für Immobilienaufgaben- BImA) für eine zivile Nutzung, sondern an die U. S. Air Force weiter.

2. Hat die Verwaltung irgendwelche Vorstöße getätigt, um die Amerikaner in dieser Angelegenheit zu einem Umdenken zu bewegen?

Der Rückfall ehemaliger militärischer Anlagen sog. Konversionsflächen ist geregelt. Wenn es keine militärische Nutzung mehr gibt, fällt die Liegenschaft an die Bundes-Anstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zurück. Erst dann fällt den betroffenen Kommunen eine Erstzugriffsoption zu. Die BImA gehört zum Bundesministerium für Finanzen.

Die Stadtspitze hat Gespräche mit den U. S. Militärs geführt. Jedoch hat sich die Sicherheitslage in der Welt verändert. Eine Rückgabe an die Kommunen ist zurzeit keine Option. Zur Übernahme gab es Pressemitteilungen der amerikanischen Streitkräfte.

3. Kann die Verwaltung in etwa beziffern, welche Verluste der Stadt Pirmasens nach dem Wegfall des geplanten „interkommunalen Gewerbegebietes“ jetzt entstehen? (Etwa hinsichtlich der Größe der jetzt nicht nutzbaren Flächen sowie der geplanten Anzahl der dort anvisierten Unternehmen und Arbeitsplätze und der Gewerbesteuer, welcher bei der betreffenden Größenordnung zu erwarten gewesen wäre)

Eine seriöse und belastbare Bezifferung möglicher Verluste durch Wegfall des Areals Husterhöhe - Grünbühl für zivile Nutzungen kann aus folgenden Gründen nicht vorgenommen werden:

- Ungewissheit bezüglich des Verunreinigungsgrades des Geländes und Ungewissheit über das Maß der potentiell nutzbaren Flächen.
- Einen Bebauungsplan, der Art und Maß der baulichen Nutzung vorgibt, sowie die geschützten Flächen festlegt, gab es noch nicht, so dass auch keine

Aussage getätigt werden kann, was faktisch der Stadt an potentiell umbautem Raum, gewerblich- industrieller Nutzfläche und somit Arbeitsplätzen verloren gegangen ist.

- Ein erstes Grobkonzept für eine Nachfolgenutzung umfasste den sekundären (Produktion), tertiären (Dienstleistung) und quartären (Forschung & Entwicklung, digitale Kreativwirtschaft) Wirtschaftssektor. Da die Arbeitsplatzintensität (Mitarbeiter pro 1000 m²) je nach Gewerk stark divergiert, lässt sich aus dieser groben Zielrichtung kein potentieller Arbeitsplatzverlust durch den Wegfall der Flächen ableiten.
- Da ein Teil der Flächen Husterhöhe-Grünbühl auf Rodalber Gemarkung liegt, hätte das Konzept im Detail und final interkommunal abgestimmt werden müssen, woraus sich dann nochmals eine unterschiedliche räumliche Verteilung der Gewerke hätte ergeben können. Ebenso hätte erst danach eine belastbare Gewerbesteuerzuschlüsselung vorgenommen werden können.

4. Sieht die Verwaltung eine konkrete Gefahr für die Sicherheit der Stadt Pirmasens durch die massive Ausweitung der militärischen Präsenz der Amerikaner auf der Husterhöhe? (Da die Amerikaner auch von Pirmasens aus ihre weltweite militärischen „Aktionen“ betreiben, wäre bei „Vergeltungsaktionen“ der jeweils Angegriffenen damit zu rechnen, dass auch unsere Stadt als amerikanischer Stützpunkt zum Ziel wird)

Eine massive Ausweitung der militärischen Präsenz der Amerikaner kann die Verwaltung nicht erkennen. Ein erhöhtes Risiko für eine „Vergeltungsaktion“ kann ebenfalls nicht erkannt werden. Die Präsenz der amerikanischen Streitkräfte stellt für Europa im Gegenteil einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit dar.

5. Welche „Verpflichtungen“ hat nach Kenntnis der Verwaltung die Stadt Pirmasens im „Krisenfall“ gegenüber den Amerikanern und wie sind solche „Krisenfälle“ konkret definiert?

Es gibt keine Verpflichtungen im „Krisenfall“ für die Stadt Pirmasens. Umgekehrt ist von der U. S. Air Force, der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz Zugang zum Gelände zu gewähren.

6. Kann bzw. darf die Verwaltung Angaben darübermachen, welche Informationen sie von den Amerikanern bezüglich des „strategischen Wertes“ der Anlage auf der Husterhöhe für die „globale Sicherheit“ erhalten hat?

Hier liegen der Verwaltung keine Informationen vor.

7. Gab es seitens der Amerikaner Informationen darüber, in welcher Größenordnung künftig Arbeitsplätze für Einheimische zur Verfügung gestellt werden sollen und um welche Art von Arbeitsplätzen (Vollzeit oder Teilzeit) es sich hierbei handelt?

Die U. S. Air Force kündigte in 2021 an in den kommenden Jahren über 200 Millionen Euro in den Bau neuer Gebäude und die Sanierung bestehender

Immobilien investieren zu wollen, so profitiere auch die Bevölkerung und die Wirtschaft in Pirmasens von der militärischen Nutzung.

8. Einmal abgesehen von den nun anstehenden Baumaßnahmen, die irgendwann abgeschlossen sein werden. Welchen konkreten langfristigen Nutzen verspricht sich die Verwaltung von den amerikanischen Investitionen für die Stadt Pirmasens?

Schaffung neuer und Revitalisierung einst weggefallener Arbeitsplätze, weniger berufsbedingte Auspendlerbewegungen nach Kaiserslautern, Zunahme der Einwohnerzahl, weniger Leerstand, positive Impulse für die hiesige Wirtschaft (Handwerk, Gastronomie, Einzelhandel, Security)

9. Kommen im Zuge des anstehenden Ausbaues des amerikanischen Standortes auf der Husterhöhe auch Kosten auf die Stadt Pirmasens zu? Wenn ja, in welchen Bereichen und in welcher Größenordnung?

Keine Kosten

10. Gibt es auf dem Gebiet der Stadt Pirmasens noch weitere Flächen oder Areale, bei denen die Verwaltung auf das „Wohlwollen“ oder die „Erlaubnis“ anderer angewiesen ist, wenn sie dort eigene Planungen anstellen möchte? Wenn ja, welche sind dies und wer hat dort das sagen?

Ehemaliger Güterbahnhof - Ansprechpartner: Deutsche Bahn (Frankfurt)

11. Nachdem der Oberbürgermeister erklärt hat, dass es in Pirmasens bereits „hohe Belegungsquoten in den Gewerbegebieten“ gibt und weiterhin eine „hohe Nachfrage an zusätzlichen Flächen zur Erweiterung und Neuansiedlung“ vorhanden sei, stellt sich die Frage, wie und wo nach dem nun endgültigen Wegfall des geplanten „interkommunalen Gewerbegebietes“ auf der Husterhöhe Ersatz geschaffen werden soll? Welche Flächen stehen noch zur Verfügung?

Im Stadtrat der Stadt Pirmasens wurde am 26.09.2022 das Entwicklungskonzept „Gewerbe- und Industrieflächen Südwestpfalz – Landkreis, Pirmasens, Zweibrücken“ als Grundlage für die Entwicklung weiterer Gewerbeflächen angenommen. Das Konzept beinhaltet eine Flächenbedarfsprognose. Der prognostizierte Bedarf von 37,5 ha bis 2036 lässt sich bis auf ca. 4 ha durch die Entwicklung der vorhandenen Potentiale decken.

Da zum damaligen Zeitpunkt nicht davon auszugehen war, dass zusätzliche Flächen der Husterhö-Kaserne zur Verfügung stehen werden, wurde das geplante interkommunale Gewerbegebiet Husterhöhe-Grünbühl auch nicht zur Bedarfsdeckung eingerechnet. Es wurde als sogenannter Suchraum deklariert. Die Suchraumbewertung wird weiter schrittweise konkretisiert.

Unabhängig davon prüft die Verwaltung fortlaufend, wo Arrondierungen von bestehenden Gewerbegebieten möglich sind.